



Gemeinsame Streiks von Gewerkschaften und Fridays for Future nötig!

Der Amazonas brennt, das Eis an den Polen schmilzt. Uns bleibt nicht viel Zeit, die Zerstörung des Klimas zu stoppen. Doch es gibt keine einfachen Lösungen, denn Triebkraft der Zerstörung ist das System Kapitalismus. Nur mit sozialistischen Maßnahmen kann die Vernichtung unserer Lebensgrundlagen aufgehalten werden.

von Michael Koschitzki, Berlin

Der Amazonas brennt, damit dort Plantagen, insbesondere für Eukalyptus und Zellulose errichtet werden können. Wem was im Amazonas gehört, wird absichtlich undurchsichtig gehalten. Größter Zellulose-Hersteller der Region ist das Unternehmen Suzano. Die Rendite der Aktie lag im letzten Jahr bei 19,53 Prozent – 15 Prozent mehr als branchenüblich. Der brasilianische Präsident Bolsonaro vertritt diese Agrarkonzerne, die im Amazonas Geld verdienen, genauso wie Trump die Öl- und Merkel die Autoindustrie.

Kapitalismus vs. Klima

Doch das gilt nicht nur für „Konservative“. Energiekonzerne wie RWE stellen sicher, dass ihnen der Kohleabbau weiter erlaubt wird, unter anderem indem sie Politiker*innen wie der grünen Abgeordneten Kerstin Andreae lukrative Jobs verschaffen.

Grüne und Greenpeace stimmten für den Beschluss der Kohlekommission, wonach das letzte Braunkohlekraftwerk erst 2038 vom Netz gehen soll, weil sie statt den Kapitalismus in Frage zu stellen selbst in dieses System integriert sind. Mit der von ihnen propagierten Alternative Elektroautos können BMW, VW & Co. kräftig Profit machen, aber das Klima wird nicht gerettet, weil die Produktion viel zu energieintensiv ist. Gleichzeitig ist den herrschenden Politiker*innen und Konzernen aber auch egal, ob Menschen in Braunkohleregionen oder in der Autoindustrie ihren Job verlieren.

Klar ist: wer die Profitlogik nicht in Frage stellt und mit den Gewinnern dieses Systems verbunden ist, wird keine entschlos-

senen Maßnahmen ergreifen, den CO₂-Ausstoß zu senken und alle Arbeitsplätze zu retten. Die Regierung wird auf unseren Druck reagieren, sie werden mal Schaufensterpolitik machen und Plastiktüten verbieten, mal werden sie deshalb gegen die schlimmsten Auswüchse vorgehen und ein besonders dreckiges Kraftwerk abschalten. Sie werden aber keine ausreichenden Schritte ergreifen, den CO₂-Ausstoß so drastisch zu senken, dass der Klimawandel aufgehalten werden kann.

Eine grüne Welt ist möglich...

Dabei könnten die Braunkohlekraftwerke sofort abgeschaltet und alle Arbeitsplätze weiter garantiert werden. Der Öffentliche Personennahverkehr könnte sofort kostenlos gemacht werden und der Mittelstreckenverkehr kostengünstig auf die Schiene verlagert werden. Es könnten sofort massive Investitionen in erneuerbare Energien veranlasst und die Produktion umgestellt werden. Unnötige Produktion wie Rüstung könnte bei Erhalt aller Arbeitsplätze und Umstellung der Produktion beendet werden. Doch das ist nicht mit dem Markt und den Konzernen möglich, sondern nur gegen sie.

...eine sozialistische Welt ist nötig

Deshalb müssen die Energie-, Agrar- und Automobilkonzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung überführt werden. Gleiches gilt für die Banken, die in Umweltzerstörung investieren. Die gesamte Produktion und der Transport müssen ökologisch sinnvoll umgestellt werden. Bisher geschieht das, wenn überhaupt, gegen die in diesem Bereich tätigen

Beschäftigten, die um ihre Arbeitsplätze bangen. Aufgrund dieser Angst können die Konzerne und bürgerlichen Parteien Umweltbewegung und Beschäftigte gegeneinander ausspielen. Deshalb müssen wir unbedingt fordern, dass kein*e Beschäftigte*r den Arbeitsplatz verlieren darf und es eine staatliche Arbeitsplatzgarantie zum gleichen Lohn und gleichen Bedingungen geben muss. Mit einer solchen Forderung könnte der Schulterschluss zwischen FFF und Gewerkschaften erzielt werden.

Maßnahmen wie die CO₂-Steuer treffen die Falschen und ändern zu wenig. In einer demokratisch von unten geplanten Wirtschaft könnte unter Einbeziehung vieler Gruppen und Betroffener die Umstellung der Produktion in kürzester Zeit erfolgen, ohne dass Lebensstandard und Mobilität drastisch eingeschränkt werden oder Menschen ihren Arbeitsplatz verlieren. Deshalb müssen den Fridays for Future die Weeks for Socialism folgen.

Forderungen der Sol:

- **Sofortiger Ausstieg aus dem Kohleabbau bei garantierter Beschäftigungssicherung ohne Lohnverluste**
- **Massiver Ausbau der Schienennetze für den Nah- und Fernverkehr und kostenloser öffentlicher Personennahverkehr**
- **Überführung der Energie-, Auto- und Industriekonzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch gewählte Vertreter*innen aus den Reihen der Beschäftigten, Gewerkschaften, Verbraucher- und Umweltschutz-Organisationen und des Staats**
- **Umstellung auf eine ökologisch sinnvolle Produktion**

Arbeitsplätze und Umwelt erhalten!

Gewerkschaften müssen Antworten auf soziale und ökologische Krise geben

Frank Bsirske, der scheidende Vorsitzende der Gewerkschaft ver.di und Mitglied der Grünen, hat zur Beteiligung an den Klimaprotesten aufgerufen. Einen richtigen Streik hält er aber nicht für möglich. Kolleg*innen sollen sich nach dem Ausstempeln an den Demonstrationen beteiligen. Auch, wenn es zu begrüßen ist, wenn er sich positiv auf die Proteste bezieht, bleibt es doch noch viel zu wenig.

von Angelika Teweleit, Berlin

Wenn Schüler*innen weltweit auf die Straße gehen, wäre es genau der richtige Moment dafür, auch in den Betrieben und Dienststellen dafür zu mobilisieren. Dazu wäre eine ernsthafte Kampagne der Gewerkschaftsführungen nötig, sowie auch die Bereitschaft, einen politischen Streik durchzuführen.

Arbeit und Umweltschutz für alle

Viele Beschäftigte haben Angst, dass die Forderungen aus der Umweltbewegung gegen ihre eigenen Interessen gerichtet sind. Es ist notwendig, ein Programm aufzuzeigen, welches nicht dazu führt, dass die Masse der Beschäftigten für die Kosten der Umweltkrise zahlen.

Unter dem Vorwand der Umstellung auf erneuerbare Energien werden immer mehr Kolleg*innen unter Druck gesetzt und es werden Stellenabbaupläne verkündet. In Wirklichkeit geht es den Konzernbossen dabei nur um ihre Profitmöglichkeiten. Die Gewerkschaftsführungen müssen klar machen, dass sie den Kampf für den Erhalt von Arbeitsplätzen für alle konsequent organisieren werden. Dies muss mit der Forderung nach einer umweltverträglichen Produktion verbunden werden. Dies wird nur gelingen, wenn

große Konzerne in Gemeineigentum überführt werden, um sie unter demokratische Kontrolle und Verwaltung der arbeitenden Bevölkerung zu stellen. Wenn dann das kapitalistische Profitsystem durch eine sozialistische Demokratie und demokratische Wirtschaftsplanung ersetzt wird, können Konzepte für die Umstellung der Produktion erstellt, die Arbeitszeit radikal verkürzt, Arbeitsbedingungen erleichtert und allen ein Lohn garantiert werden, von dem man gut leben kann. Da dies noch nicht Programm der Gewerkschaften ist, sollten wir es dort und in den Betrieben einbringen.



Die linksjugend [solid] Dortmund, bei der auch Sol-Mitglieder aktiv sind, bei einer Mobi-Kundgebung zum 20.09.

Wie weiter für Fridays For Future?

Neue Schritte nach dem globalen Klimastreik am 20. September nötig

Am 20. September werden wieder Hunderttausende erwartet, die gegen Klimazerstörung auf die Straße gehen. Trotzdem reagiert die Politik verhalten. Um die Umweltbewegung zum Erfolg zu führen, ist ein sozialistisches Programm nötig, dass es mit dem politischen Establishment aufnimmt.

von Jens Jaschik, Dortmund

Fridays for Future ist zu einer der größten Jugendbewegungen auf der Welt geworden. Inzwischen gibt es über 500 Ortsgruppen in ganz

Deutschland. Die Bewegung hat gewaltiges Potenzial, aber wie lässt es sich am besten nutzen?

Unter dem Banner der Überparteilichkeit herrscht innerhalb von FFF große Skepsis gegenüber unabhängigen linken Kräften. Doch Gegner sind nicht organisierte Linke sondern die etablierten Parteien, die seit Jahrzehnten im Interesse der Banken und Konzerne die Umwelt zerstören. Dazu gehören auch Grüne und SPD. Linke Kräfte, die sich ehrlich am Kampf gegen Klimawandel beteiligen wollen, sollten nicht daran gehindert werden.

Was tun?

Das politische Establishment wird nur minimale Schritte gehen und versuchen, die Kosten klimapolitischer Maßnahmen auf den Rücken der einfachen Menschen abzuladen. An die großen Umweltzerstörer – die Banken und Konzerne – werden sie sich nicht wagen. FFF sollte alle Maßnahmen, die die arbeitende Bevölkerung treffen, kritisieren und ablehnen – wie zum Beispiel eine CO₂-Steuer. Stattdessen sollte die Bewegung deutlich machen, dass niemand seinen Arbeitsplatz verlieren muss, wenn die wirklich Verantwortlichen zahlen.

Um das zu erreichen, ist ein sozialistisches Programm notwendig. Nur wenn die Banken und Konzerne in öffentliches Eigentum überführt werden und die Mehrheit der Menschen demokratisch über diese bestimmt, können wir den Klimawandel stoppen. FFF könnte nach dem 20. September in ganz Deutschland Schulversammlungen organisieren, um ein solches Programm zu diskutieren und die nächsten Aktionen zu planen. Auch bundesweit und regional braucht die Bewegung demokratische und transparente Strukturen. Zusammen würde das weitere Schüler*innen mobilisieren, sich am Kampf gegen den Klimawandel zu beteiligen.

Sol – wer wir sind und was wir wollen

Die Sozialistische Organisation Solidarität (Sol) ist im September aus einer Spaltung der Sozialistischen Alternative (SAV) hervorgegangen. In der „Sol“ sammelt sich eine Mehrheit des alten SAV-Bundesvorstands.

Unsere Mitglieder werden aktiv sein in ver.di und anderen Gewerkschaften, in der Partei DIE LINKE, ihrem Jugendverband linksjugend[solid], in der Mieter*innen-, Umwelt-, Frauen- und antirassistischen Bewegung. Wir werden die Monatszeitung „Solidarität“ weiter herausgeben, sowie zwei Mal im Jahr das neue Theoriemagazin „Sozialismus Heute“ und die Webseite solidaritaet.info betreiben. Außerdem führen wir den Manifest-Verlag weiter.

Wir werden die Ideen und Prinzipien, für die die SAV in den letzten Jahrzehnten gekämpft hat, weiter verteidigen und eine kämpferische Organisation aufbauen, die Teil von Bewegungen und Klassenkämpfen sein wird und in diese sozialistische Ideen hineinragen wird.

Impressum

Überregionale Monatszeitung
vormals VORAN, erscheint seit 1973, seit April 2002 als Solidarität – Sozialistische Zeitung.

Druck: Eigendruck

Herausgeber: Manifest-Verlag – Dröge, Kiesel, SAV e.V. GbR

Littenstr. 106/107, 10179 Berlin
Tel.: 030 / 247 238 02 Fax: -04

Messaging: 0177 / 173 1917

E-Mail: info@solidaritaet.info

V.i.S.d.P: Sascha Stanic

Die Debatte, die zur Spaltung von CWI und SAV geführt hat, drehte sich um für eine marxistische Organisation grundlegende Fragen: Während die Kräfte, von denen wir uns nun trennen mussten, begonnen haben das sozialistische Programm in der Praxis zu verwässern und die entscheidenden, strategischen Aufgaben von Marxist*innen in Gewerkschaften in Frage zu stellen, werden wir an diesen Grundsätzen festhalten.

Die Neugründung unserer Organisation findet zu einem spannenden Zeitpunkt statt. Die Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen haben ein Mal mehr die Bedrohung, die von der AfD ausgeht, unterstrichen. Große Teile der LINKEN haben einen Kurs eingeschlagen, der die AfD nur stärker werden lässt. Regierungsbeteiligungen und andere Bündnisse mit prokapitalistischen Parteien gefährden die Existenz der LINKEN, wenn sie zu einer Partei des Establishments wird oder als solche wahrgenommen wird. Das gibt der AfD die Möglichkeit, sich als Anti-Establishment-Kraft und Partei der einfachen Leute zu profilieren, obwohl sie eine marktradikal-prokapitalistische Partei ist. Um der AfD etwas entgegenzusetzen, muss eine sozialistische Massenkraft



aufgebaut werden, die die sozialen Interessen der Lohnabhängigen und sozial Benachteiligten – unabhängig von Hautfarbe, Nationalität oder Religionszugehörigkeit – entschlossen vertritt und sich mit den etablierten Parteien und den hinter ihr stehenden Banken und Konzernen anlegt. In der LINKEN setzen wir uns für einen solchen Kurs ein und in den Gewerkschaften treten unsere

Mitglieder für eine kämpferische Politik statt Co-Management und für demokratische Strukturen ein.

Dies ist umso wichtiger, da die kapitalistische Weltwirtschaft und auch die Wirtschaft in der

Bundesrepublik vor der nächsten Rezession stehen.

Der Kapitalismus bedroht unsere Lebensgrundlagen, er führt zu Ausbeutung und Armut, lässt die Mehrheit der Menschen unsicher in die Zukunft blicken, diskriminiert Frauen und Minderheiten. Gegen all diese Probleme ist Widerstand nötig. Die „Sol“ wird Teil aller Bewegungen gegen die Auswirkungen des Kapitalismus sein. Wir werden in diese einen sozialistischen Klassenstandpunkt tragen und erklären, dass die Arbeiter*innenklasse im gemeinsamen Kampf aller Betroffenen gegen das kapitalistische System die zentrale soziale Kraft ist, die Verbesserungen und eine grundlegend andere Gesellschaft erkämpfen kann – eine sozialistische Demokratie, in der Politik und Wirtschaft demokratisch durch die arbeitende Bevölkerung kontrolliert und geleitet wird.

Mach mit und werde mit uns aktiv:

Kontakt und Ortsgruppen gibt es in:

Aachen, Berlin, Bayreuth, Dortmund/Bochum, Dresden, Hannover, Kassel, Leipzig, Lemgo, Mainz, Rostock, Rülzheim/Karlsruhe, Stuttgart

Website: www.solidaritaet.info

Telefon: 030 / 247 238 02

E-Mail: info@solidaritaet.info

facebook.com/solcwi